



---

## Haushalts- und Finanzausschuß

58. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

27. August 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.55 Uhr

Vorsitz: Gisela Meyer-Schiffer (SPD) (stellv.)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Künftiger Raumbedarf für die Ministerien nach der Regierungsumbildung und erwartete Kosten für Unterbringungen und Umzüge**

1

Zunächst erstattet Staatssekretär Gerlach einen Bericht zu diesem Tagesordnungspunkt, anschließend beantworten Finanzminister Schleußer und Staatssekretär Gerlach Fragen der Abgeordneten.

---

\*) Vertr. Teil siehe Vertr. APr 12/26

- 2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG) 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2928  
Vorlage 12/2084

Der Ausschuß erteilt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU die Zustimmung.

Berichterstatter: Ernst-Martin Walsken (SPD)

- 3 Budgetierung, Globalisierung und Flexibilisierung, Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung; 4**

**hier: Sachstand der Modellprojekte im Landeshaushalt**

Vorlagen 12/2182 und 12/2183

Eine Aussprache - bis auf eine Stellungnahme - ergibt sich zu diesem Thema nicht.

- 4 Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf 5**

Nach dem Bericht des Staatssekretärs diskutiert der Ausschuß über die Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf.

**5 Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes 11**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2757

Vorlagen 12/1982, 12/2025 und 12/2166

Nach einer Diskussion lehnt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der CDU-Fraktion - unter Einschluß der vorgeschlagenen Einfügung unter II.2 "soweit rechtlich zulässig" - gegen die Stimmen der CDU ab.

**6 Die Förderung der deutschen Kultur des Ostens gemäß § 96 BVFG braucht Verlässlichkeit 17**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/3113

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

**7 Bestand der Volkshochschulen und der anderen Weiterbildungseinrichtungen sichern! 18**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/3103

Der Ausschuß lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU ab.

**8 Neuregelung des Länderfinanzausgleichs**

18

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Finanzministers entgegen und diskutiert erneut über mit diesem Thema zusammenhängende Fragen.

**9 Möglichkeit der Abgabe von Steuererklärungen in Euro ab 1999**

22

Vorlage 12/2149

Der Staatssekretär gibt einen Sachstandsbericht.

**10 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;**

23

**hier: Anmeldungen zum 28. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz**

Vorlage 12/2082

Der Ausschuß empfiehlt - vorbehaltlich der einvernehmlichen Kenntnisnahme durch den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung - dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, die Vorlage 12/2082 zur Kenntnis zu nehmen, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatterin: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

**11 Steuerliche Behandlung des Blutspendewesens**

26

Staatssekretär Gerlach erstattet dem Ausschuß einen Bericht über den diesem Thema zugrunde liegenden Sachverhalt.

<b>12</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>27</b>
a)	<b>Zweiter Bericht über die künftige Durchführung der Bauaufgaben des Bundes</b> Vorlage 12/2133	
b)	<b>Tilgungsstreckung des Fonds Deutsche Einheit</b>	<b>28</b>
c)	<b>Sondersitzung des HFA am 2. September 1998 entfällt</b>	<b>28</b>
d)	<b>GEW-Stiftung</b>	<b>28</b>
e)	<b>Bürgerschaftsangelegenheiten</b>	<b>28</b>

Der Ausschuß kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt in vertraulicher Sitzung - siehe Vertr. APr 12/26 - zu behandeln.

\*\*\*\*\*



**2 Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2928  
Vorlage 12/2084

**Ernst-Martin Walsken (SPD)** berichtet, die vor Sitzungsbeginn durchgeführte Sitzung des Unterausschusses "Personal" habe ergeben, daß die objektiven Kriterien, die zur Absenkung der Funktionen beim Oberbergamt und bei den Landwirtschaftskammern geführt hätten, nur sehr schwer nachvollzogen werden könnten. Künftig sollten solche Absenkungskriterien offengelegt werden, um eine inhaltliche Diskussion darüber zu ermöglichen, weil ansonsten der Argwohn aufkommen könne, die Absenkungen hätten politische oder andere Gründe. Die Abwertung erfolge aber, wie man erfahren habe, aufgrund von ausgewerteten Organisationsuntersuchungen. Damit sei der Vorwurf, es handele sich um politische Einflußnahme, widerlegt. Kritisch anmerken müsse der Unterausschuß "Personal", daß sein vor einiger Zeit geäußelter Wunsch, auch andere Führungspositionen darauf zu untersuchen, ob aufgabekritisch eine Abwertung der Eingruppierung vorgenommen werden könne, nicht zur vollen Zufriedenheit umgesetzt worden sei. Der Unterausschuß "Personal" habe sich deshalb darauf verständigt, dem Gesetzentwurf zwar zuzustimmen, gleichzeitig sei aber die Landesregierung gebeten worden, noch einmal nach der vor einiger Zeit vorgelegten Liste zu überprüfen, ob weitere Führungspositionen herabgestuft werden könnten. Ein entsprechendes Papier solle so rechtzeitig vorgelegt werden, daß noch im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen Konsequenzen gezogen werden könnten. Der Gesetzentwurf sei im übrigen mit Mehrheit angenommen worden.

**3 Budgetierung, Globalisierung und Flexibilisierung, Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung;  
hier: Sachstand der Modellprojekte im Landeshaushalt**

Vorlagen 12/2182 und 12/2183

**Winfried Schittges (CDU)** betont, alle wollten die Durchsetzung dieser neuen Grundsätze. In diesem Zusammenhang müsse aber über die Kontrollmechanismen nachgedacht werden. Er erwarte vom Finanzminister, daß der Ausschuß über die Entwicklungen und Erfolge der Modellprojekte und auch über die Entwicklung der Haushaltsansätze im Vollzug informiert werde sowie darüber, ob die Grundsätze durchgehalten würden. Ihm gefalle ausgesprochen gut, daß die Mehreinnahmen bei der Mittelbewirtschaftung verwendet werden könnten. Er halte die Modellprojekte insbesondere im Hinblick auf die Eigenverantwortung der Mitarbeiter für gut und gehe davon aus, daß es solche Projekte nicht nur im Bereich der Justiz, sondern in allen Ministerien geben werde.